

Zur Landratswahl am 28.11.2021:

Das Kandidaten-Interview mit **Alexander Tönnies** (SPD)

Alexander Tönnies (SPD)

Jahrgang 1971

Facharbeiter, Polizist
Master in Öffentlicher Verwaltung
Pressesprecher und Personalleiter bei der Berliner Polizei

seit Herbst '89 Sozialdemokrat (SDP, später SPD)
heute stellvertretender Bürgermeister
von Hohen Neuendorf

Sport: Joggen und Fußball
Hobbys: Garten, Natur, Bücher, Reisen



Herr Tönnies, Verkehrsinfrastruktur und Mobilität sind in unserem Landkreis ein Dauerthema. Sie sehen die kreiseigene OVG in der Rolle „die Taktung zu verbessern und neue Verbindungen zu schaffen“ [1]. Hat das Unternehmen die finanziellen Mittel dafür?

Die Mittel dafür kommen in erster Linie aus dem Kreishaushalt. Damit ist dies zunächst eine Frage des politischen Willens und der ist in Oberhavel durchaus vorhanden, wie der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt. Dennoch darf man nicht übersehen, dass es unabhängig von der finanziellen Ausstattung technische und personelle Probleme zu lösen gilt. Aktuell werden beispielsweise überall händierend Busfahrer gesucht.

In der Beurteilung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel unterscheiden Sie sich aber von Ihrem Mitbewerber um das Landratsamt, Herrn Piehl (AfD). Er sieht im Kreishaushalt nur geringe Spielräume für eine deutliche Steigerung des Angebots [2].

Das sehe ich nicht so. Land und Kreis stellen dafür ausreichend Geld zur Verfügung.

Oberhavel steht auf

Im Bildungsbereich fordern Sie, dass Schulen digitaler werden sollen [1]. Was genau verstehen Sie unter „digitalen Schulen“ und warum ist „digital“ besser als „analog“?

Unsere Zukunft ist digital. Die Schule soll unsere Kinder auf die Zukunft und damit auf eine digitale Welt vorbereiten. Dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Wichtig ist, dass alle Schulen einen leistungsfähigen Breitbandanschluss erhalten. Dazu muss der Landkreis notfalls auch Druck auf die Telekom ausüben. In den Innenräumen sind bauliche Maßnahmen erforderlich. Hard- und Software müssen beschafft werden. Und nicht zu vergessen: die Lehrkräfte benötigen eine entsprechende Qualifizierung.

Die notwendigen Weichenstellungen für die Lehrerbildung müssen vom Bildungsministerium kommen. Unmittelbaren Einfluss hat der Landrat auf die 19 Schulen in Kreisträgerschaft.

Haben Sie nicht die Sorge, dass soziale Bindungen, wie wir sie aus der analogen Welt kennen, dabei unter die Räder kommen?

Die Entwicklung von Sozialkompetenzen stand in Schulen, Kindertagesstätten und Horteinrichtungen immer im Vordergrund. Das wird auch in Zukunft so sein. Daher ist es wichtig, dass Schulen möglichst geöffnet bleiben und der Unterricht in Präsenz stattfinden kann.

Auf Ihrer Webseite informieren Sie darüber, dass Oberhavel „für rund 30 Millionen Euro mehr als 160 Wohnungen geschaffen“ hat [3], eine magere Bilanz mit der Sie offenbar selbst nicht so recht zufrieden sind. Wie viele Wohnungen sollen in Ihrer Verantwortung als Landrat entstehen und woher sollen die Mittel dafür kommen?

Das ist keine magere Bilanz! Sozialer Wohnungsbau liegt vor allem in der Verantwortung der Kommunen. Hier ist die Unterstützung des Landkreises gefragt. Er kann eigene Flächen zur Verfügung stellen und Kooperationen zwischen den kreiseigenen Betrieben und den Kommunen initiieren. Dennoch wird der Landkreis auch weiterhin in eigener Verantwortung Wohnungsbau betreiben. Realistisch ist hier eine Anzahl von 200 Wohnungen in den kommenden 8 Jahren. Die Ausgaben werden sich entsprechend auf einem ähnlichen Niveau bewegen.

Welche Bedeutung haben für Sie die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes?

Die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes bilden Leitplanken der Verfassung. Sie sind die Basis unseres Zusammenlebens und regeln die staatliche Ordnung. Sie binden Gesetzgebung, Rechtsprechung und vollziehende Gewalt.

Die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken machte 2020 Schlagzeilen, als sie Kritiker der Corona-Maßnahmen als „Covidioten“ bezeichnete. Diese Formulierung wurde zwar gerichtlich als Ausdruck der freien Meinungsäußerung eingeordnet. Dennoch wurde das Land dadurch tief gespalten. Könnte sich dieser Vorgang langfristig als schwere Hypothek für die SPD erweisen?

Das weiß ich nicht. Die Fragestellung wirft einen spekulativen Blick in die Zukunft. Ich möchte dazu nur sagen, dass das nicht meine Wortwahl ist.

Oberhavel steht auf

Unterstützen Sie die Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Aufhebung von Maßnahmen wie Maskenpflicht, Testpflicht und soziale Distanzierung für Kinder und Jugendliche? Wissenschaftliche Untersuchungen wie die Copsy-Studie zeigen, dass ihr Schaden größer als ihr Nutzen ist.

Nein.

Der Landkreis veröffentlicht gegenwärtig seine Angaben über Covid-19-Opfer in Fließtextform im Rahmen von Pressemitteilungen. Darf man hier mit Ihnen als Landrat mit mehr Transparenz z.B. in Form verarbeitungsfähiger Datentabellen rechnen, die zusätzliche Angaben zum Beispiel über die Hospitalisierungen an Covid-19 Erkrankter enthalten und deren Impfstatus berücksichtigen?

Ich weiß nicht, welche Daten dem Landkreis tatsächlich vorliegen. Falls ich gewählt werde, bin ich gerne bereit, dies zu prüfen. Grundsätzlich unterstütze ich den Gedanken, vorhandene Daten in einer verarbeitungsfähigen Form zu publizieren.

Der Hohen Neuendorfer Bürgermeister, Steffen Apelt, hat mit seiner Entscheidung, einen Bürgerinformationsabend als 2G-Veranstaltung durchzuführen, für sehr viel Protest gesorgt. Ein beträchtlicher Teil der betroffenen Bürger wurde damit buchstäblich vor der Tür stehen gelassen. Waren Sie als stellvertretender Bürgermeister von Hohen Neuendorf in diese Entscheidung involviert?

Nein. Zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung befand ich mich im Urlaub. An diesem Stand hat sich auch bis heute nichts geändert. Ich konzentriere mich aktuell auf meine Kandidatur für das Landratsamt.

Wie beurteilen Sie diesen Vorgang, wenn man bedenkt, dass auch ca. 40% der Bergfelder ausgeschlossen waren und die vermutlich aufgrund des Bürgerprotestes aufgestellten Lautsprecher, den draußen gelassenen Bürgern kein Rederecht ermöglichten?

Es sind einfach die Nachteile einer Pandemie. Überall gibt es schärfere Regeln und Beschränkungen, selbst in der Hohen Neuendorfer Stadtverordnetenversammlung, um nur ein Beispiel zu nennen.

Gestatten Sie mir hierzu noch eine Nachfrage. Ist der Vorgang letztlich nicht als politisch motiviert einzuordnen; eine politische Entscheidung mit der eine bestimmte Bevölkerungsgruppe ausgeschlossen und eine andere Bevölkerungsgruppe eingelassen wurde?

Die Entscheidung des Bürgermeisters war eine Entscheidung der Fürsorge.

***Vielen Dank für das Gespräch.
J. Müggenburg für oberhavel-steht-auf.de***

Oberhavel steht auf

[1] <https://alexander-tönnies.de/#ziele>

[2] <https://medien.oberhavel-steht-auf.de/landratswahl/interview-vasco-piehl.pdf>

[3] <https://alexander-tönnies.de/standpunkte/wohnen/>